

## „Professoren, Protzen und Pfaffen“. Die Universität Bonn und das rheinische Bürgertum

Zur Zeit des wilhelminischen Kaiserreichs lud die Bonner Hochschulleitung regelmäßig an einem Samstag im Spätherbst zum Rektoratsessen in die „Lesse“, die als bester Club des Rheinlands galt. Zweck der Veranstaltung war es zum einen, den Lehrkörper, der im Jahr 1910 immerhin bereits aus 71 Ordinarien und 27 Extraordinarien bestand, wenigstens einmal im Jahr zu einem gemeinsamen Abendessen zu versammeln. Zum anderen sollten bei dieser Gelegenheit die Verbindungen zu Stadt und Region, zu Vertretern von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Militär gepflegt werden. Wenn nicht gerade ein Prinz aus dem Hause Hohenzollern als studentischer Ehrengast an dem Essen teilnahm, gab Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe nach dem Rektor als Gastgeber den zweiten Toast aus. Oberbürgermeister Wilhelm Spiritus hielt als Vertreter der Stadt die letzte Tischrede. Das große Wort jedoch führte in aller Regel der Regierungsbevollmächtigte oder Kurator der Universität.

Neben der Professorenschaft wurden zum Rektoratsessen die wichtigsten Würdenträger aus Bonn und der Rheinprovinz eingeladen. Auf den Gästelisten fanden sich Hofchargen neben hohen Richtern und Landesbeamten wie dem Oberberghauptmann und den Präsidenten des Landgerichts und des Oberlandesgerichts.<sup>1</sup> Der hohe katholische Klerus aus Köln war ebenso zugegen wie führende evangelische Geistliche, etwa der Generalsuperintendent aus Koblenz, dann und wann sogar der Oberrabbiner der jüdischen Gemeinde. Auch das rheinische Wirtschaftsbürgertum war repräsentiert, freilich weniger prominent als das preußische Militär, das mit diversen Regiments- und Bezirkskommandeuren sowie weiteren Offizieren vom Rang eines Oberstleutnants aufwärts in großer Zahl vertreten war.<sup>2</sup>

Das längst in Vergessenheit geratene jährliche Rektoratsessen kann als guter Ausgangspunkt dafür dienen, die verschiedenen Facetten der Beziehung zwischen Universität und Bürgertum unter dem Gesichtspunkt des Liberalismus etwas genauer zu betrachten: erstens die Regierungsbevollmächtigten und die Bonner Professoren im Kaiserreich; zweitens das Verhältnis

1 Vgl. Bonner Zeitung vom 23. November 1902, S. 2, vom 22. November 1904, S. 1 f. und vom 18. November 1906, S. 2.

2 Die Gästelisten sind exemplarisch dokumentiert in den Berichten der Bonner Zeitung vom 22. November 1905, S. 1 und vom 30. November 1907, S. 1.

der Universität zum Wirtschaftsbürgertum; drittens die Bande zu den Kirchen; und viertens schließlich die Beziehungen der Universität zur Krone.

## I.

Während die Rektoren der Universität jährlich wechselten, sorgten die Kuratoren als „Regierungsbevollmächtigte“ für personelle Kontinuität. In der Zeit des Kaiserreiches gab es vier Regierungsbevollmächtigte in Bonn: Wilhelm Beseler (1860-1885), Otto Gandtner (1885-1895), Franz von Rottenburg (1895-1907) und Gustav Ebbinghaus (1907-1919).

Franz Johannes Rottenburg (ab 1887 von Rottenburg), 1845 in Danzig geboren, kam als überregional bekannte Persönlichkeit und als respektierte Größe des Berliner Politik- und Verwaltungsbetriebs nach Bonn.<sup>3</sup> Er war ein selbständiger, durchaus eigenwilliger politischer Kopf mit ausgeprägten Ansichten gerade in der Sozial- und Schulpolitik, die er in zahlreichen Reden sowie in einer Vielzahl von Zeitungsartikeln öffentlich kundtat. Als er 1896 an die Bonner Universität wechselte, hatte er die fünfzig bereits überschritten und konnte auf ein bewegtes und arbeitsintensives Leben zurückblicken. Nach einem rechtswissenschaftlichen Studium in Heidelberg und Berlin hatte er seine Referendarzeit erst am Berliner Stadtgericht, dann am dortigen Kammergericht absolviert. Am Krieg gegen Frankreich hatte er 1870/71 als freiwilliger Krankenpfleger teilgenommen und war mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden.

Nach dem Ausscheiden aus dem Justizdienst war Rottenburg für fünf Jahre zunächst nach England, später nach Frankreich gegangen. Nach seiner Rückkehr war er 1876 ins Auswärtige Amt eingetreten und hatte sich dort als derart tüchtig erwiesen, dass ihn Otto von Bismarck 1881 als Vortragenden Rat an die Spitze der Reichskanzlei holte. Dort avancierte er rasch zur rechten Hand und zu einem der engsten Berater des Reichskanzlers. Er hielt es auf dem aufreibenden Posten länger aus als üblich und überwarf sich am Ende sogar mit Bismarck, weil er nach dessen Ausscheiden im März 1890 noch einige Monate blieb, um die Überleitung der Geschäfte an dessen Nachfolger Leo von Caprivi zu erleichtern. Im Februar 1891 wechselte er von der Reichskanzlei als Unterstaatssekretär ins Reichsamt des Innern.

Nach seinem Ausscheiden aus dieser Behörde ging von Rottenburg zunächst als stellvertretender Kurator nach Bonn und wurde dort im Oktober 1896 förmlich zum Regierungsbevollmächtigten ernannt. Aufsehen erregte

<sup>3</sup> Michael Epkenhans: Rottenburg, Franz Johannes von. In: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 22, Berlin 2005, S. 140 f.; der Nachlass befindet sich im Bundesarchiv: BA, NL Rottenburg (N 1176).

er in diesem Amt weniger durch administrative oder hochschulpolitische Leistungen als durch seine Tätigkeit als Redner und Publizist. Die Kuratoren-Akten des Preußischen Kultusministeriums enthalten für seine Amtszeit vor allem Zeitungsartikel über Ansprachen und Pressebeiträge zur sozialen Frage, zur akademischen Freiheit und zur Schulpolitik, speziell zur Bekenntnisschule, deren Echo zum Teil bis in die Debatten des Preußischen Abgeordnetenhauses hinein zu vernehmen war.<sup>4</sup>

Besonders umstritten waren Rottenburgs Stellungnahmen zu Streikaktionen von Arbeitern. Als er im Februar 1905 gemeinsam mit 17 Professoren der Bonner Universität einen Aufruf unterschrieb, der um Spenden für streikende Bergarbeiter im Ruhrgebiet warb, beantragte die Konservative Partei in einer Sitzung der Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses ein Disziplinarverfahren, weil Rottenburg als Staatsbeamter nicht auf diese Weise in Tarifauseinandersetzungen eingreifen dürfe. Rottenburgs sozial- und schulpolitische Vorstöße brachten ihm den Ruf eines unbequemen Querdenkers ein, den Konservative und Katholiken zum Teil heftig anfeindeten, den aber Vertreter des politischen Liberalismus umso mehr schätzten. Mit seiner Auffassung von einer politischen Aufgabe der Hochschule, insbesondere mit seiner scharfen Kritik an der Bekenntnisschule, hätte Rottenburg gut in die „große“ Zeit der „politischen Professoren“ im frühen und mittleren 19. Jahrhundert gepasst: darunter auch zu Bonner Professoren wie Ernst Moritz Arndt, Friedrich Christoph Dahlmann oder Heinrich von Sybel.<sup>5</sup>

Im Kaiserreich hingegen hatte sich das Berufsverständnis und Selbstbild der Professoren nicht nur in Bonn, sondern in ganz Deutschland gewandelt. Das neue Berufsethos schloss ein direktes politisches Engagement nicht mehr selbstverständlich ein. Ein Mann wie der Literaturhistoriker Berthold Litzmann, der sich bewusst in der älteren Tradition des politischen Professors sah und für die Nationalliberale Partei aktiv war, fand sich in dieser Hinsicht als Außenseiter unter seinen Bonner Professorenkollegen. Der deutsche Professor, klagte er rückblickend, sei seit Mitte der 1870er Jahre zunehmend zu der Meinung gekommen, dass mit politischen Fragen und Kämpfen „sich anders als durch die Zeitung zu beschäftigen, vom Übel sei, jedenfalls ihm nicht zugemutet werden könne; und daß es schon von hohem vaterländischen Pflichtgefühl zeuge, wenn man am Wahltag sich entschließe, seinen

4 Siehe Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Sekt. 3, II. Abt., Nr. 6, Bd. 2. Vgl. auch die umfangreiche Presseausschnittsammlung in Rottenburgs Nachlass im Bundesarchiv: BA, NL Rottenburg (N 1176).

5 Siehe etwa - mit Blick auf Karl von Rotteck - Horst Ehmke: Karl von Rotteck, der „politische Professor“. Karlsruhe 1964.

gelehrten Bau zu verlassen und mit dem übrigen Volk an die Wahlurne zu treten“.<sup>6</sup>

Mit dieser Einschätzung hatte Litzmann sicherlich nicht Unrecht. Dennoch wirkte gerade in Bonn das nationalpolitische Vermächtnis der Vorgänger nach, hatte sich doch die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität seit ihrer Gründung 1818 in besonderer Weise als geistige „Wacht am Rhein“ und als protestantische Trutzburg im katholischen – und daher politisch potenziell unzuverlässigen – Rheinland verstanden.<sup>7</sup> Der Bildungsauftrag der Universität schloss in dieser Sicht nicht nur die fachlich-wissenschaftliche Seite, sondern auch die patriotische Erziehung der Studenten zu guten deutschen Staatsbürgern ein.

Man sollte die deutsch-nationale Komponente in der Mentalität der Bonner Professorenschaft vor 1914 nicht überbetonen. Hand in Hand damit gingen ein dezidiert internationales Wissenschaftsverständnis und immer stärker ausgeprägte internationale Verbindungen. Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität war eng in die sich damals rasant verdichtende internationale „scientific community“ eingebunden, und sie war auch stolz darauf. Internationale Konferenzen und professionelle Verbindungen ins Ausland gehörten für die Bonner Professoren der wilhelminischen Ära zum beruflichen Alltag. So ging im Rahmen eines neu eingerichteten deutsch-amerikanischen Gelehrtenaustausches der Ökonom Hermann Schumacher 1906 für ein Jahr an die Columbia-Universität nach New York und im Jahr darauf der Kunsthistoriker Paul Clemen nach Boston an die Harvard-Universität.<sup>8</sup>

Neben der internationalen Ausrichtung und den nationalen Prägungen blieben auch in dieser Hochphase von Internationalität und Nationalismus regionale Bezüge zum Rheinland und eine enge kommunale Bindung an die Stadt Bonn weiterhin mitbestimmend. Das Gefühl des „Patriotismus“ war nicht exklusiv für die Nation reserviert. Häufig bezeichnete es auch eine ausgeprägt lokale und regionale Bindung an Land und Leute der Rheinprovinz, etwa wenn der Philosoph Benno Erdmann als Motiv, warum er einen Ruf nach Tübingen abgelehnt hatte, „nicht zum geringsten Teil ein[en] gewis-

6 Berthold Litzmann: Im alten Deutschland. Erinnerungen eines Sechzigjährigen. Berlin 1923, S. 341 f.

7 Siehe Dominik Geppert (Hrsg.): Preußens Rhein-Universität. Geschichte der Universität Bonn Bd. 1. Göttingen 2018.

8 Siehe GSTA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Va Sekt. 3, Tit. IV, Nr. 55 Bd. 3, Bl. 4; zum Hintergrund siehe Ragnhild Fiebig-von Hase: Die politische Funktionalisierung der Kultur – der deutsch-amerikanische Professorenaustausch. In: Dies./Jürgen Heideking (Hrsg.): Zwei Wege in die Moderne. Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1900-1918. Trier 1998, S. 45-88.

se[n] Patriotismus“ anführte – und damit ganz explizit das Rheinland meinte.<sup>9</sup>

Die Bindung an Bonn und das Rheinland wurde auch dadurch deutlich, dass zahlreiche Bonner Professoren in der Kommunalpolitik aktiv waren und blieben. Auch noch zu einer Zeit, als das politische Engagement auf nationaler Ebene in der Generation nach Arndt, Dahlmann und Sybel keine Fortsetzung fand, setzten Bonner Professoren die Tradition einer gewichtigen Präsenz im Stadtrat fort, die bis zu Clemens August von Droste Hülshoff (im Stadtrat 1825 bis 1832), August Wilhelm Schlegel (im Stadtrat von 1829 bis 1845) und Moritz August von Bethmann-Hollweg (im Stadtrat von 1832 bis 1840) zurückreichte.<sup>10</sup>

Während der Hochphase kommunalpolitischen Engagements der Bonner Professoren waren in den 1840er Jahren der Mineraloge Johann Jakob Noegerath (1840-1877), der evangelische Theologe Karl Immanuel Nitzsch (1841-1846), der Germanist Karl Simrock (1842-1846), die Rechtswissenschaftler Johann Joseph Bauerbrand (1844-1878) und Eduard Böcking (1846-1848), Peter Franz Deiters (1846-1861) und Clemens Theodor Perthes (1846-1851) im Stadtrat vertreten. Später kamen die Juristen Friedrich Bluhme (1850-1869) und Roderich von Stintzing (1877-1883), der Historiker Heinrich von Sybel (1873-1875), der Mediziner Josef Doutreleopont (1875-1911), der Staatswissenschaftler Erwin Nasse (1882-1890) und der Pharmakologe Karl Binz (1895-1903) hinzu. Nur wenige von ihnen – wie Sybel (von 1862 bis 1864 und zwischen 1874 und 1880) sowie Nasse (von 1869 bis 1879) – waren zeitgleich oder zeitversetzt auch Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses: Sybel als Nationalliberaler, Nasse für die Freikonservativen.<sup>11</sup>

Auch nach der Jahrhundertwende gab es bis 1918 stets mehrere Professoren im Stadtrat: etwa den Mediziner Friedrich Schultze (1902-1918), den Astronomen Karl Mönnichmeyer (1907-1918), den Staats- und Kameralwissenschaftler Hermann Schumacher (1907-1911) oder die Rechtswissenschaftler Konrad Kosack (1908-1915) und Ernst Landsberg (1911-1918). Weil in den preußischen Kommunen, anders als im Reichstag, das Dreiklassenwahlrecht galt, konnte die begüterte, überwiegend protestantische und liberal-konservative Minderheit der beiden obersten Wahlklassen die Mehrheit der Stadtverordneten stellen und die Politik im Stadtrat bestimmen. Die Pro-

9 Kölnerische Zeitung vom 29.1.1904. Kopie in: GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Va Sekt. 3, Tit. IV, Nr. 55 Bd. 1, Bl. 181.

10 Vgl. Heinz Schott: Universitätspolitik als Integrationspolitik (1818-1849). In: Geppert (Hrsg.): Preußens Rhein-Universität (wie Anm. 7).

11 Volker Dotterweich: Sybel, Heinrich von. In: Neue Deutsche Biographie (NDB) Band 25, Berlin 2013, S. 733–735; Hans Pohl: Nasse, Erwin. In: ebd. Band 18, Berlin 1997, S. 742.

fessoren, die nach 1900 im Bonner Stadtrat saßen, gehörten alle zu dieser Gruppe.

## II.

Neben einem gewissen antikatholischen Ressentiment gehörten zur mentalen Grundausstattung vieler Bonner Professoren auch Vorbehalte gegenüber dem zur Schau gestellten Reichtum des Bonner Wirtschaftsbürgertums. Bonn habe nur einen Mangel, meinte der aus Königsberg an den Rhein gekommene Staatsrechtler Philipp Zorn: „die 3 P – Professoren, Protzen u. Pfaffen!“<sup>12</sup> Abgesehen von derartigen Aversionen war die Beziehung zwischen Hochschule und Stadtbevölkerung sonst jedoch vor allem von gegenseitigem Nutzen geprägt. Allerdings verschoben sich die Relationen, als im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik des wilhelminischen Zeitalters die Bedeutung der Universität für das materielle Wohlergehen der Stadt Bonn abnahm. Die Zeiten, als jeder dritte bis vierte Taler, der in Bonn ausgegeben wurde, direkt oder indirekt mit der Universität zu tun hatte, waren vorbei.<sup>13</sup>

Diese Entwicklung war keine automatische Folge der reinen Größenverhältnisse. Zwar war die Stadt tatsächlich im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts rascher gewachsen als die Universität: Kurz nach Gründung der Universität hatten noch 21 Bonner einem Studenten gegenübergestanden; fünfzig Jahre später hatte sich das Verhältnis zunächst auf 31 zu eins gewandelt. Durch das rasante Wachstum der Universität am Ende des 19. Jahrhunderts kehrte sich der Trend jedoch um, so dass 1901 wieder ein Student auf 23 Bonner kam. Weil die Universität nach der Jahrhundertwende weiter expandierte, blieb diese Größenordnung bis zum Weltkrieg ungefähr erhalten, obwohl sich die Einwohnerzahl Bonns infolge der Eingemeindung der Ortschaften Poppelsdorf, Kessenich, Endenich und Dottendorf 1904 auf einen Schlag um fast 25.000 Bewohner erhöhte.<sup>14</sup>

Entscheidend war, dass Bonn im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem beliebten Wohnort reicher Rentiers geworden war, die sich von den kulturellen Attraktionen der Universitätsstadt ebenso angezogen fühlten wie von den landschaftlichen Reizen des Rheintals. Schon 1867 hatte der damalige Oberbürgermeister Leopold Kaufmann in einem Verwaltungsbericht festgehalten, die Stadt sei mehr darauf angewiesen,

12 Zorn an Althoff, 17. Oktober 1901, GStA, VI. HA NI. Friedrich Theodor Althoff, Nr. 1031 (Zorn), Bl. 17.

13 Dietrich Höroldt: Bonn als Universitäts-, Rentner- und Garnisonsstadt. In: Ders./Manfred van Rey: Bonn in der Kaiserzeit 1871-1914. Bonn 1986, S. 105.

14 Siehe die Zahlen bei Dietrich Höroldt (Hrsg.): Stadt und Universität. Rückblick aus Anlaß der 150 Jahr-Feier der Universität Bonn. Bonn 1969 , S. 348f.

„in dem weitverbreiteten Ruf unserer Hochschule und in den verschiedenen Annehmlichkeiten des Lebens, welche die reizende Lage und die geistigen Genüsse der Kunst und Wissenschaft bieten, die Quelle ihres Wohlstands zu finden und zu pflegen als in der Entwicklung einer großartigen industriellen Tätigkeit“.<sup>15</sup>

Diese Anziehungskräfte wirkten nach der Jahrhundertwende ungebrochen fort, so dass sich die Zahl der von ihren Vermögenswerten lebenden „Renter“ zwischen 1895 und 1907 noch einmal mehr als verdoppelte: von 1.965 auf 4.337. Hinzu kam eine wachsende Gruppe wohlhabender Kaufleute, Bankiers und Industrieller, die erheblich dazu beitrug, dass Bonn ein reiches Gemeinwesen mit sprudelnden Einnahmen aus der (damals noch anteilig den Kommunen zukommenden) Einkommenssteuer wurde.<sup>16</sup>

Eine für die Studenten unangenehme Begleiterscheinung der Bonner Prosperität waren hohe Lebenshaltungskosten, insbesondere steigende Mietpreise. Nicht zufällig zogen mehr und mehr Studierende aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Universität fort, seit die Altstadt immer stärker von Ladengeschäften und Banken geprägt wurde. In den 1890er Jahren hatte sich zunächst der Bonner Nordwesten als beliebte Wohngegend etabliert, ehe die Studenten in den folgenden Jahren verstärkt auch den Bonner Westen mit dem neu eingemeindeten Poppelsdorf und den Straßenzügen um den Bonner Talweg, die Argelanderstraße und die Kurfürstenstraße frequentierten. Durchgängig populär blieb die Koblenzer Straße.<sup>17</sup>

Über die Wohngegenden der Bonner Professoren sind wir schlechter informiert. Eine Durchsicht der Personalverzeichnisse ergibt jedoch, dass die meisten von ihnen in der Süd- und Weststadt wohnten. Besonders beliebt waren die Königstraße, die Meckenheimer Allee und die Koblenzer Straße, wo die Hochschullehrer Tür an Tür mit dem wohlhabenden Bonner Wirtschaftsbürgertum residierten.

### III.

Was die Bonner Professoren mit Teilen des liberalen Bürgertums verband, vom Gros der Bonner Bevölkerung jedoch weiterhin trennte, war die Konfession. Die Auswirkungen des Kulturmampfs hatten die Kluft noch vertieft,

15 Zitiert nach Höroldt: Bonn (wie Anm. 13), S. 108.

16 1912 zählte die Stadt 153 Millionäre, darunter 32 Mehrfachmillionäre, die etwa zur Hälfte aus den Reihen der Rentiers (75 der Millionäre und 19 Multimillionäre) und zu einem knappen Drittel aus dem Unternehmertum (dreißig Millionäre und neun Mehrfachmillionäre) stammten. Unter den Professoren gab es 22 Millionäre, aber keinen Multimillionär; Zahlen nach ebd., S. 109.

17 Siehe Hans Henning Herzberg: Die Wohngegenden der Studenten. In: Höroldt (Hrsg.): Stadt und Universität (wie Anm. 14), S. 206.

weil die Mehrzahl der Professoren der Katholisch-Theologischen Fakultät ebenso wie ein Teil der katholischen Honoratioren das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 verkündete Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubensfragen ablehnte und darüber in Gegensatz zur romtreuen Bevölkerungsmehrheit geraten war.<sup>18</sup>

Entsprechend stand die katholische Einwohnerschaft Bonns bei den konfessionsbedingten Streitigkeiten innerhalb der Studentenschaft mehrheitlich auf der Seite der katholischen Studentenverbindungen. Zum Eklat kam es, als 1894 im Rahmen des 50. Stiftungsfests der Burschenschaft Alemannia eine Rheinfahrt nach Oberwesel unternommen wurde. Beim Katerumzug trugen die Burschenschafter einen Tisch mit, um den herum sie übertriebene Anbetungsgesten aufführten. Damit spielten sie offensichtlich auf eine katholische Fronleichnamsprozession an. Nachdem dieser Vorfall seinen Weg in die Presse gefunden hatte, brach im Rheinland weit über Bonn hinaus ein Sturm der Entrüstung los.<sup>19</sup> Handelte es sich um eine bewusste religiöse Provokation oder bloß um einen harmlosen studentischen Ulk? Im Endeffekt verzichtete die Staatsanwaltschaft Koblenz darauf, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Dennoch vermittelte die Episode einen Eindruck von der Schärfe der konfessionellen Auseinandersetzungen jener Zeit.

Die Beziehungen zwischen der Universität und den katholischen Gemeinden in Bonn blieben auch in wilhelminischer Zeit lose. Lediglich zwei Kapläne, die auch an der Stiftskirche angestellt waren, arbeiteten zugleich als Dozenten am Konvikt.<sup>20</sup> Enger waren – schon aufgrund der Diasporasituation – die Verbindungen auf protestantischer Seite. Gemeinde und Universität teilten sich lange eine Kirche: anfangs die Schlosskirche, seit den 1860er Jahren dann den Neubau am Kaiserplatz. Die Gottesdienste der evangelischen Kirchengemeinde dienten auch als akademische Gottesdienste. Nach langjährigem Brauch wechselten sich zwei Gemeindepfarrer und der Universitätpfarrer im dreiwöchentlichen Rhythmus ab; erst im Frühjahr 1914 wurden Gemeinde- und Universitätsgottesdienst räumlich getrennt, und die Universitätsangehörigen zogen in die Schlosskirche um.<sup>21</sup>

18 Gisela Muschiol/Jennifer Wenner/Regina Illemann: Die Katholisch-Theologische Fakultät. In: Thomas Becker/Philip Rosin (Hrsg.): Die Buchwissenschaften – Geschichte der Bonner Universität Band 3. Göttingen 2018, S. 55-58.

19 Otto Oppermann: Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn und ihre Vorläufer. Geschichte einer deutschen Burschenschaft am Rhein. Bonn 1925, S. 24.

20 Höroldt: Bonn (wie Anm. 13), S. 107.

21 Diese Regelung wurde durch die Notsituation des Krieges rasch hinfällig, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs dann aber bestätigt; siehe Höroldt (Hrsg.): Stadt und Universität (wie Anm. 14), S. 279 f.

Die besondere Nähe der Bonner Universität zum Herrscherhaus der Hohenzollern fand ihren Ausdruck in zwei Denkmalsprojekten, an denen sich die Hochschule in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts beteiligte. Die eine Initiative betraf ein Standbild für den ersten Hohenzollernkaiser. Sie lag auf der geschichtspolitischen Linie Wilhelms II., der seinen Großvater als Reichsgründer mit dem Beinamen „der Große“ im Gedächtnis seiner Landsleute verankern wollte.<sup>22</sup> Bei den Bonner Planungen spielte die Universität eine wesentliche Rolle. Der Gedanke, auch in Bonn ein Denkmal für Wilhelm I. zu errichten, entstammte dem Kreis ehemaliger Studenten. Kurator Rottenburg gehörte zusammen mit Oberbürgermeister Spiritus und anderen Bonner Honoratioren dem 22-köpfigen geschäftsführenden Ausschuss an, der im Dezember 1899 an die Öffentlichkeit ging und um weitere Mitglieder warb.<sup>23</sup>

Einen Monat später – der Ausschuss war mittlerweile auf fast 130 Personen angewachsen, darunter neun Bonner Professoren und ein Privatdozent – traten die Initiatoren mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Darin wurde sogleich im ersten Satz die Stiftung der Bonner Universität als eine „der ersten Thaten unseres erlauchten Herrscherhauses“ im Rheinland hervorgehoben und als ein besonderes „Wahrzeichen auf dem Wege, der Preußen an die Spitze Deutschlands und seine Herrscher zu der Deutschen Kaiserkrone geführt hat“, herausgestellt.<sup>24</sup>

Zu den Spendern gehörten neben dem Kaiser 17 weitere Fürsten, die in Bonn studiert hatten: vom sächsischen König Albert über Großherzog Friedrich von Baden bis zu Herzog Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha. Das preußische Kultusministerium stiftete 500 Mark. Weitere 2000 Mark kamen durch ein Festspiel zusammen, das Offiziere der Bonner Garnison im Mai 1900 veranstalteten.<sup>25</sup>

Nachdem auf diese Weise rasch 150.000 Mark gespendet worden waren<sup>26</sup>, entbrannte eine langwierige Auseinandersetzung um den Standort. Außer Frage stand, dass das Monument auf dem Gelände der Universität zu errichten war. Der Denkmalausschuss bevorzugte einen möglichst zentralen und repräsentativen Platz unmittelbar vor der Südseite des Hauptgebäudes zum

<sup>22</sup> Zur Geschichtspolitik der Hohenzollern siehe etwa Frank Lorenz Müller: The Prince, the Crypt, and the Historians: Emperor Friedrich III and the Continuity of Monarchical Geschichtspolitik in Imperial Germany. In: German Studies Review 35, 3 (2012), S. 521-540.

<sup>23</sup> Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm den Großen in Bonn, 9. Dezember 1899. Kopie in: Stadtarchiv Bonn (künftig: SAB), PR 2043, Bl. 5.

<sup>24</sup> Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm den Großen. Ebd., Bl. 11 f.

<sup>25</sup> SAB PR 2043, Bl. 28.

<sup>26</sup> GStA, I. HA Rep. 76, Kultusministerium Va Nr. 10357, Bl. 89-92.

Kaiserplatz hin. Dagegen protestierten die Hochschulleitung und der Akademische Senat, die fürchteten, die gerade Linienführung der Fassade und der Gartenanlagen würden beeinträchtigt. Außerdem führte man ins Feld, dass im Südflügel des Hauptgebäudes nicht nur Büros, sondern auch Hörsäle untergebracht seien, denen durch ein überlebensgroßes Standbild Außenlicht genommen werde. Auch eine mögliche Lärmbelästigung sah man mit Sorge, wenn Vereine oder Schulklassen vor dem Denkmal „patriotische Lieder“ singen oder vaterländische Reden hielten. Als alternativen Standort brachte die Universität den Platz vor dem Akademischen Kunstmuseum am anderen Ende des Hofgartens ins Spiel.<sup>27</sup>

Der zähe Streit, der sich über Monate hinzog, wurde erst im Sommer 1902 durch ein Machtwort des Kaisers entschieden. Wilhelm II. ließ mitteilen, er halte die Argumente der Universitätsvertreter nicht für „durchschlagend“, und befürwortete den Standort am Kaiserplatz, freilich – um den Bedenken der Hochschule entgegenzukommen – etwas weiter vom Gebäude entfernt.<sup>28</sup>

Auf größeren Widerstand stieß das zweite Hohenzollern-Gedenkprojekt, in das die Universität involviert war. Angeregt durch die Errichtung des Wilhelm-Denkmales, trat im April 1907 eine Gruppe von Bonner Altstudenten um Regierungsrat Joseph Joesten mit dem Gedanken an die Öffentlichkeit, nach dem Großvater auch den Vater des Kaisers zu ehren. Von Beginn an plante man in diesem Falle bescheidener. Gedacht war nicht an ein Standbild, sondern an eine Gedenktafel am Haus des Kurators, wo der spätere Kaiser Friedrich III. während seiner Studienjahre gewohnt hatte.<sup>29</sup> Selbstbeschränkung tat auch dringend Not, denn die Spenden aus den Kassen der deutschen Fürstenhäuser flossen nur spärlich.<sup>30</sup> Das Haus Sachsen-Coburg-Gotha verweigerte sich zunächst vollständig, bis der Herzog aus seiner Privatschatulle schließlich doch noch 100 Mark schickte.<sup>31</sup>

Die Liste der Unterstützer aus dem Bonner Bürgertum war mit weniger als fünfzig Namen deutlich kürzer als beim Wilhelm-Denkmal. Professoren waren nicht darunter, dafür Offiziere, Rechtsanwälte, Handwerker, Gewerbetreibende sowie einige Alumni der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, die wie Friedrich Wilhelm in den frühen 1850er Jahren dort studiert hatten. Die Hochschulleitung blieb auf Distanz, ebenso der Oberbürgermeister und die politische und administrative Führungselite der Rheinprovinz.<sup>32</sup>

27 Kuratorium an Denkmalsausschuss, 21. Juli 1901. In: SAB, PR 2043, Bl. 42-43.

28 Kultusminister an Kuratorium (Abschrift), 1. Juli 1902. In: SAB, PR 2043, Bl. 60. Siehe auch die Dokumentation der Auseinandersetzung in: GStA, I. HA Rep. 76, Kultusministerium Va Nr. 10357, Bl. 82-127.

29 Aufruf, 14. April 1907. In: SAB, PR 1429.

30 Aus Baden kamen 150, aus Mecklenburg-Schwerin 100 Mark. Ebd.

31 Schreiben vom 19. Juni und 27. Juli 1907. Ebd.

32 Aufruf, Mai 1907. Ebd.

Überhaupt wiesen die Unterstützergruppen der beiden Gedenkprojekte kaum Schnittmengen auf. Die Initiative hatte zudem einen deutlich weniger militärischen Charakter. So wurde beispielsweise das Benefiz-Konzert für die Errichtung der Kaiser-Friedrich-Gedenktafel vom Bonner Männer-Gesangverein organisiert, nicht wie im Falle des Wilhelm-Denkmales von der Garnison; neben drei „Vaterlands- und Soldatenliedern“ kamen bei der musikalischen Aufführung auch jeweils drei Lieder aus der Gattung der „Schiffer- und Seelieder“, der „Kärtner Volkslieder“ sowie der „Rhein- und Weinlieder“ zum Vortrag.<sup>33</sup>

Man gewinnt den Eindruck, dass es sich bei der Gedenktafel für Friedrich III. um eine Art Gegenprojekt zur Ehrung Wilhelms I. handelte, das in latenter Spannung, wenn nicht sogar in offenem Widerspruch zu der von Wilhelm II. betriebenen offiziellen Geschichtspolitik der Hohenzollerndynastie stand. Dementsprechend dilatorisch behandelten Rektor und Kurator die Angelegenheit. Sie verwiesen darauf, dass sie sich zuerst mit dem Akademischen Senat abzustimmen hätten und dass in Preußen ohnehin der Kaiser alle öffentlichen bildlichen Ehrungen von lebenden oder verstorbenen Angehörigen des Herrscherhauses prüfen müsse.<sup>34</sup> Offensichtlich meinte man, der Kaiser und seine Familie, die ja immerhin mit Wilhelms Schwester Viktoria, Fürstin zu Schaumburg Lippe, in Bonn präsent war, missbilligten eine Ehrung Friedrichs III.<sup>35</sup>

Den „Todesstoß“ erhielt das Projekt durch ein Gutachten des Kunsthistorikers Paul Clemen. Dieser sprach der vom Gedenktafel-Komitee vorgelegten Skizze jeglichen künstlerischen Wert ab.<sup>36</sup> Insgesamt bewertete er die Konzeption als „ganz unannehmbar“ und empfahl dem Rektor dringend, „dem vorgelegten Entwurf die Zustimmung zu versagen“.<sup>37</sup> Damit hatte sich das Projekt anscheinend erledigt. Jedenfalls finden sich weder in den Akten des Kultusministeriums noch in den Archiven der Universität und der Stadt

33 Siehe das Programmheft des Volks-Konzerts für die Errichtung einer Kaiser-Friedrich-Gedenktafel in Bonn in der Stadthalle in der Gronau, 12. Juli 1908. Ebd.

34 Vgl. zu diesem Aspekt allgemein Frank Lorenz Müller: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen Prinz, Monarch, Mythos. München 2013.

35 In einem Schreiben an das Kultusministerium sprach der Kurator diese Sorge explizit an, als er bat, die „sehr unliebsame Denkmalsangelegenheit“ auf sich beruhen zu lassen, nicht zuletzt weil die „Angelegenheit auch den fürstlich Schaumburg'schen Herrschaften nicht lieb sein würde“. GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Nr. 10357, Bl. 212.

36 Es handele sich um „Reminiszenzen verschiedener Stilepochen“: der Sockel sei „ziemlich klassizistisch, das obere Abschlussgesims mit Anklängen an den Stil Louis XVI., die Wappenform im Sinne der florentinischen Renaissance, die skizzierten Ornamente ebenfalls im Zeichen der Renaissance, die Kaiserkrone ohne jede Verbindung aufgesetzt, heraldisch unmöglich, im Massstab ganz ohne Verhältnis zu dem Schild“; Gutachten Paul Clemen, o. D. In: SAB, PR 1429.

37 Ebd.

weitere Hinweise auf Bemühungen, dem 99-Tage-Kaiser in Bonn zu einer Ehrentafel zu verhelfen.

## V.

Was sagt uns das alles über das Verhältnis von Liberalismus, Universität und Bürgertum im Rheinland?

Erstens wird deutlich, dass sich die Bonner Professoren gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zumindest auf Reichsebene tendenziell von direkter politischer Betätigung in Parlamenten und Vereinen ab- und einem unpolitischeren Wissenschaftsverständnis zuwandten. Das hatte mit der zunehmenden Spezialisierung und Professionalisierung des Wissenschaftsbetriebes (und der Politik) ebenso zu tun wie mit der Tatsache, dass die liberalen Professoren ihr Ziel der nationalen Einigung mit Bismarcks Reichsgründung von oben erreicht hatten, wenn auch auf andere Weise als ursprünglich angestrebt. Dass die kommunalpolitische Aktivität weit weniger zurückging als das Engagement auf Reichsebene, könnte dabei als Indiz für das Pramat (nachlassender) nationalpolitischer Motive gegenüber wissenschaftlichen Professionalisierungstendenzen gelten.

Zweitens zeigt sich, dass es vielfältige Verbindungen zwischen Universität und liberalem Bonner Bürgertum gab: vor allem beim kommunalpolitischen Engagement in Parteien, Vereinen, Verbänden. Ein enges Verhältnis war es aber keineswegs, dafür sorgten schon die konfessionellen Unterschiede zwischen einer überwiegend protestantischen Universität und einem mehrheitlich katholischen Umfeld. Auch als Mäzene für die Universität traten die wohlhabenden Bonner Bürger nicht sonderlich in Erscheinung.<sup>38</sup> Mit Blick auf das private Stiftungswesen gehörte Bonn zusammen mit Heidelberg, Jena, Kiel, Marburg, München, Münster und Würzburg zu den eher schlecht versorgten Universitäten.<sup>39</sup> Eine Ausnahme bildete die Gründung eines Naturkundemuseums durch den Zoologen und Unternehmersohn Alexander Koenig.

Drittens schließlich kann man beobachten, wie der Liberalismus gerade im wilhelminischen Zeitalter in die Defensive geriet. Die gescheiterte Eh-

38 Bonn gehörte vor dem Ersten Weltkrieg hinsichtlich der Renteneinkommen „zur Spitzengruppe unter den preußischen Städten“, lag aber auch nach der Höhe der Vermögen und übrigen Einkommensquellen „nicht unerheblich über dem Durchschnitt“, siehe Höroldt: Bonn (wie Anm. 13), S. 111.

39 So wurden in Bonn zwischen 1818 und 1946 nur 21 Familienstiftungen ins Leben gerufen, in Berlin 59 und in Breslau 61; siehe Thomas Adam: Stipendienstiftungen und der Zugang zu höherer Bildung in Deutschland von 1800 bis 1960. Stuttgart 2008, Tabelle S. 29; für die Attraktivität einer Universität bei den Studenten spielte dieser Faktor allerdings nur eine untergeordnete Rolle, ebd., S. 155.

rung für den – tatsächlich oder vermeintlich – liberal gesinnten 99-Tage-Kaiser zeugt davon ebenso wie die Anfeindungen, denen sich ein Mann wie der Kurator Rottenburg wegen seiner angeblich zu liberalen Ansichten ausgesetzt sah. Rottenburg sei zwar Beamter, hieß es in einem Artikel der freisinnigen „Vossischen Zeitung“;

„doch von der Art, daß man das burokratische Schema an ihn nicht anlegen kann. Er ist durchaus unabhängig, nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen wie nach Neigung und Charakter. Er spricht deshalb mitunter Wahrheiten aus, wie man sie nicht oft von einem Manne hört, der ein Glied des Behördenorganismus ist, zumal heutzutage. Fast könnte man sagen, Herr v. Rottenburg habe den schönen Ehrgeiz, um so liberaler zu erscheinen, je mehr sich die Herrschaft der Konservativen und Klerikalen befestigt“.<sup>40</sup>

40 Vossische Zeitung vom 24.11.1903; Kopie in: GStA, I. HA Rep. 76 Va, Sekt. 3, II. Abt., Nr. 6, Bd. 2.

